

Niederschrift

über die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 21.05.2014

Anwesend waren: Erster Bürgermeister Fath
Stadtrat Oettinger (für SR Dreher)
Stadtrat Gernhart
Stadtrat Hennrich
Stadtrat Hofmann
Stadtrat Karl-Heinz Scherf
Stadtrat Turan
Arch. Helmut Becker (bei TOP 1)
VR A. Englert als Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich und dauerte von 19.00 Uhr bis 21.25 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

1. Einrichtung eines Columbariums in der Martinskapelle - Vorstellung des Planungskonzeptes

Bereits seit etwa zwei Jahren werden Überlegungen zur Einrichtung eines Columbariums in der St. Martins-Kapelle angestellt, um einen entsprechenden Bedarf zu decken und das Gebäude einer adäquaten Nutzung zuzuführen.

Der beauftragte Architekt Helmut Becker stellte dem Ausschuß den aktuellen Planungsstand vor. Danach sollen insgesamt 50 Urnenkammern in 10 Säulen verwirklicht werden. Jeweils drei Seiten sind als satiniertes Sicherheitsglas vorgesehen, die vierte Seite als tragender Bestandteil ebenso wie Boden und Decke in Stahl. Als oberer Abschluß jeder Stele ist ein kleines Satteldach vorgesehen. Die Aufstellung der Stelen soll schräg erfolgen, so daß der Blick von der Eingangstür jeweils auf die beschriftete Frontseite fällt. Jede Kammer kann 2-3 Urnen aufnehmen.

Für Kerzen soll vor dem Altar ein Opferständer aufgestellt werden. An den Stelen selbst ist kein Schmuck vorgesehen. Stadtrat Hennrich bat darum, dies den Angehörigen rechtzeitig mitzuteilen, um Entwicklungen wie an der Urnenwand zu vermeiden.

Zwei vorhandene Grabplatten sollen erhalten und senkrecht an eine Außenwand gestellt werden. Im Gegensatz zu früheren Überlegungen soll die Zugangstür zur Kapelle in der jetzigen Größe belassen werden. Gegebenenfalls soll ein elektronisches Schloß zur nächtlichen Schließung nachgerüstet werden.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte der Planung zu. Bestimmte Detailfragen (z.B. Art der Beschriftung) sind noch zu klären.

2. Bauanträge

2.1 Fa. Zeller Present Handels GmbH - Tekturplanung zur Betriebserweiterung, Reifenbergstraße 1

Bereits im Jahr 2010 war der Fa. Zeller Present die Baugenehmigung für die Erweiterung ihres Betriebsgebäudes und das Anbringen von Werbeanlagen erteilt worden. Das Vorhaben wurde abweichend von dieser Genehmigung in einem geringfügig geringeren Volumen verwirklicht. Die Fa. Zeller Present hat deshalb eine Tekturplanung eingereicht.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte dem Vorhaben zu.

2.2 Axel Kalweit, Mozartring 22 - Errichtung einer Terrassenüberdachung

Herr Kalweit möchte an seinem Wohnhaus eine 3 m tiefe und 5 m breite Terrassenüberdachung errichten. Das Vorhaben ist verfahrensfrei gem. Art. 57 Abs. 1 Nr. 1 g) BayBO, überschreitet aber die Baugrenze des Bebauungsplanes „Wörth-West“.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte der Erteilung einer isolierten Befreiung für das Vorhaben zu.

2.3 Andreas Michel, Rathausstraße 26 - Erneuerung der Dacheindeckung

Herr Michel hat die denkmalschutzrechtliche Erlaubnis für die Neueindeckung seines Wohnhausdaches beantragt. Es sollen rote Tonziegel Meindl MZ3 verwendet werden.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte dem Vorhaben zu.

2.4 JS Bauforum GmbH, Goldbach - Wohnhausneubau Rathausstraße 41

Die Fa. JS plant den Neubau eines Wohnhauses mit fünf Wohnungen auf dem Grundstück Rathausstraße 41 neben dem Bürgerhaus. Mit Vorbescheid vom 16.05.2014 hat das LRA Miltenberg die Zulässigkeit des Vorhabens unter Auflagen (Dachneigung maximal 45°, Wandhöhe max. 6,40 m) bestätigt. Einwendungen verschiedener Nachbarn u.a. wegen Verschlechterung der Belichtung und steigendem Verkehr wurden dabei zurückgewiesen. Die nunmehr eingereichte Genehmigungsplanung entspricht den Vorgaben des Vorbescheides.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte dem Vorhaben zu.

3. Zustand der Birkenallee Bahnstraße

Der Zustand der Birkenallee in der Bahnstraße ist in den letzten Jahren zunehmend kritisch beurteilt worden. Das Sachverständigenbüro Zorn, Usingen, hat im Oktober 2013 die Bäume besichtigt und dabei erhebliche Schäden durch die verschiedenen Rückschnittmaßnahmen festgestellt. Vorgeschlagen wurde der Versuch einer mehrstufigen Sanierung durch geeignete Schnittmaßnahmen.

Der städtische Forstrevierleiter Ralf Steinhardt empfiehlt vor dem Hintergrund der Verkehrssicherungspflicht an der relativ stark befahrenen Bahnstraße eine komplette Entfernung der Birken, die ihre natürliche Lebenserwartung annähernd erreicht haben. Es ist zu erwarten, daß eine größere Anzahl bereits innere Schäden aufweist.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß nach intensiver Beratung mit 6:1 Stimmen, die Birken im Herbst 2014 zu entfernen. Die Verwaltung wurde beauftragt, eine Konzeption für die als unumgänglich angesehene Ersatzpflanzung mit geeigneten Gehölzen zu erarbeiten, die auch den Rückschnitt der Hecke entlang der Bahnlinie beinhaltet. Die Akzeptanz der Maßnahme soll durch rechtzeitige Ankündigung im Amtsblatt und Abhaltung eines Ortstermins mit den betroffenen Anliegern sichergestellt werden.

4. Beschaffung einer Wildkrautbürste für den Bauhof

Nachdem der Einsatz von Herbiziden im Stadtbereich weitgehend eingestellt wurde, hat der Bauhof um Beschaffung einer Wildkrautmaschine gebeten, die entsprechende Reinigungsarbeiten mit einer mechanisch wirksamen Drahtbürste erledigt. Die Verwaltung hat folgende Angebote eingeholt:

Fa. BayWa AG, Elsenfeld (Modell Kersten K 820 Pro)	3.962,70 €
Fa. Neuberger, Miltenberg (Modell Michaelis KM 12 SV)	5.093,20 €

Der Bau- und Umweltausschuß hatte in seiner Sitzung vom 14.10.2013 die Beschaffung grundsätzlich gebilligt, sich jedoch für eine Vergabe im Frühjahr 2014 ausgesprochen.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß, eine Wildkrautmaschine vom Typ Michaelis KM 12 SV zu beschaffen, da dieser als technisch höherwertig angesehen wurde. Vor der Auf-

tragsvergabe soll jedoch noch ein Angebot der Fa. Neuberger, Großheubach, eingeholt werden.

5. Betrieb des Grünabfallsammelplatzes

In den letzten Monaten wurde der Grünabfallsammelplatz der Stadt vermehrt zur Entsorgung nicht zugelassener Materialien bis hin zu Bauschutt und Hausmüll mißbraucht. Dies führt nicht nur zu erhöhtem Aufwand des Bauhofs zur Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Zustands, sondern auch zu Einnahmeverlusten des Landkreises bei der Verwertung des angelieferten Grünguts. Mit Schreiben vom 25.02.2014 hat das Landratsamt die Stadt zum wiederholten Male auf ihre vertragliche Verpflichtung hingewiesen, den Platz nur zu festen Öffnungszeiten zugänglich zu halten und die Anlieferung des Materials durch geeignetes Personal zu beaufsichtigen.

Der Bau- und Umweltausschuß war sich darin einig, daß die Beibehaltung der jetzigen Lösung im Interesse der Bürgerschaft zwar anzustreben ist, ohne eine grundlegende Verbesserung des Anlieferverhaltens aber auf Dauer nicht mehr durchzusetzen sein wird. Die Verwaltung wurde beauftragt, folgende Maßnahmen durchzuführen:

- Der Platz soll zwischen Samstag, 18.00 Uhr und Montag, 08.00 Uhr geschlossen bleiben.
- Im unmittelbaren Einfahrtsbereich soll eine deutlicher als bislang sichtbare Tafel mit den Nutzungsbedingungen aufgestellt werden
- Im Amtsblatt ist auf die kritische Situation und die drohende Schließung des Platzes hinzuweisen.
- Es soll überprüft werden, ob eine Kameraüberwachung des Platzes möglich ist.

6. Entwässerung der Landstraße im Bereich Betonwerk Diephaus

Herr Ernst Schreiber hat die Verwaltung auf eine Absenkung der Landstraße im Bereich der Werkszufahrt Diephaus hingewiesen. bei starken Regenfällen bleibt das Wasser dort in nicht unerheblicher Tiefe stehen. Eine umfassende Behebung des Problems durch eine Veränderung des Straßenkörpers würde Kosten in voraussichtlich sechsstelliger Höhe auslösen.

Stadtrat Scherf wies darauf hin, daß der vormalige technische Bauamtsleiter mit der Fa. Schork Überlegungen angestellt hat, am Tiefpunkt des Straßenabschnittes einen Straßeneinlauf neu zu setzen und diesen an den auf der gegenüberliegenden Straßenseite verlaufenden Kanal anzuschließen. Hierfür wären voraussichtlich nur ca. 10.000 € auszugeben.

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte die Verwaltung, diese Lösung weiter zu verfolgen.

7. Abbau des Münzfernsprechers in der Landstraße

Die Deutsche Telekom hat mitgeteilt, daß im Laufe des Jahres 2014 die letzte in der Stadt vorhandene Telephonzelle in der Landstraße abgebaut werden soll, da der monatliche Umsatz auf weit unter 50 € gesunken ist. Die Telekom beabsichtigt auch nicht, ein nur mit Telefon- und Kreditkarten nutzbares Basistelephon zu installieren, da auch dort keine Einnahmen zu erwarten sind, aber an anderer Stelle gehäufte Vandalismus zu beobachten ist.

Der Bau- und Umweltausschuß nahm dies zur Kenntnis.

8. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion - Barrierefreier Ausbau der Altstadt

In seiner Sitzung vom 11.11.2013 hatte der Bau- und Umweltausschuß aufgrund eines entsprechenden Antrags der SPD-Fraktion die Verwaltung beauftragt, die Kosten für einen barrierefreien Zugang zur Altstadt zu ermitteln.

Die Fa. MK Grümbel hat eine Kostenschätzung für insgesamt drei Ausführungsvarianten vorgelegt. Grundlage hierfür ist jeweils die Herstellung eines ca. 1,50 m breiten mit Rollatoren oder Rollstühlen befahrbaren Streifens in der Rathausstraße zwischen Obertorgasse und Bürgerhaus sowie die gesamte Obertorgasse, die Kirchgasse zwischen Landstraße und Museum sowie die Bürgerhausgasse zwischen Landstraße und Main. Die Gesamtlänge der Strecken beträgt ca. 560 m.

Unabhängig von der Ausbauart (Asphalt ohne Abtrennung zum Natursteinpflaster, Asphalt mit Leistenstein als Abtrennung, Betonpflaster) betragen die Kosten rund 150.000 €.

Bgm. Fath wies darauf hin, daß die Zweckbindungsfrist der Zuwendungen für die Altstadt-sanierung noch nicht abgelaufen ist. Zudem ist die relativ mittig zu erwartende Lage des Gehstreifens wegen möglicher Konflikte mit Kraftfahrzeugen nicht unproblematisch.

Für die SPD-Fraktion erklärte Stadtrat Oettinger, daß der Antrag zwar nicht zurückgezogen werde, aber eine kurzfristige Realisierung der Maßnahme nicht erwartet werde. Allerdings sollten einige Fragen (z.B. die von Stadtrat Hennrich befürchtete Entstehung von Ausbau-beiträgen) geklärt werden.

Stadtrat Hennrich forderte, die vom Ausschuß im November 2013 ebenfalls beschlossene Übernahme von Umbaukosten an Rollatoren und Rollstühlen durch die Stadt besser bekanntzumachen und auch tatsächlich zu realisieren.

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte die Verwaltung, entsprechend tätig zu werden.

9. Sanierung des Daches am Feuerwehrgerätehaus

Im Feuerwehrgerätehaus wurde eine Einregenstelle festgestellt, die auf eine Schadstelle am Rande des ca. 40 Jahre alten Flachdaches zurückzuführen ist. Die Verwaltung hat daraufhin Angebote für eine Behebung durch Sanierung der Attika einerseits und eine Komplettsanierung eingeholt. Die Kosten belaufen sich (ohne Gerüst) auf ca. 6.500 € für die kleine bzw. ca. 23.400 € für die große Lösung.

Bgm. Fath teilte ergänzend dazu mit, daß auch die Errichtung eines Pult- oder Satteldaches mit oder ohne Schaffung eines zusätzliche Geschosses denkbar sind. Insgesamt ist aus seiner Sicht zu überlegen, wie der Raumbedarf der Feuerwehr insgesamt gedeckt werden kann. Hierbei kommen auch eine Erweiterung des Gerätehauses in Richtung Ludwigstraße und eine Verlagerung des BRK-Raumes in Betracht. Er schlug vor, zunächst am Dach nur eine Notreparatur auszuführen und kurzfristig eine Konzeption für die zukünftige Gestaltung des Gerätehauses zu erarbeiten.

10. Bekanntgaben

- Bgm. Fath verlas ein Schreiben der Klasse 6 der Mittelschule, in dem eine Verbesserung des Dols (Neuanstrich, bessere Beleuchtung, Bau einer Fahrradrinne an den Eingängen) angeregt wird. In diesem Zusammenhang äußerte er die Absicht, mit dem Stadtrat eine Prioritätenliste für die kommenden Jahre zu erstellen. Für kleinere Baumaßnahmen wünschte er sich eine ehrenamtliche Ausführung, wie sie in einigen Nachbargemeinden bereits praktiziert wird.
- Bgm. Fath berichtete, daß im Zuge der Dachsanierung am Rathaus auch an der Fassade verschiedene Schadstellen (Bruch von Sockelplatten, undichtetes Vordach) entdeckt wurden, für deren Behebung derzeit Angebote eingeholt werden. Zudem wurde festgestellt, daß der vom Bau- und Umweltausschuß am 16.04.2014 beschlossene Auftrag zum Streichen der Fenster nur die Hofseite beinhaltete. Für die übrigen drei Seiten ist

mit weiteren Kosten von 4.000-6.000 € zu rechnen.

11. Anfragen

- Stadtrat Hofmann fragte an, ob das Parken vor dem eigenen Hoftor innerhalb einer parkzeitbeschränkten Zone rechtmäßig bzw. ordnungswidrig ist. Die Frage soll mit dem Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung geklärt werden.
- Stadtrat Gernhart wies zum wiederholten Male auf die mangelhafte Ladungssicherung bei den innerbetrieblichen Fahrten der Fa. Diephaus hin und bat Bgm. Fath, hier selbst bei der Polizei auf Kontrollen hinzuwirken. Bgm. Fath sagte dies zu.

Wörth a. Main, den 26.06.2014

A. Fath
Erster Bürgermeister

A. Englert
Protokollführer